

Sozialdemokratische Fraktion

in der Gemeindevertretung Neuwittenbek

Beschlussvorschlag zur Sitzung des Umweltausschusses der Gemeinde Neuwittenbek am 05. Juni 2012

Der Umweltausschuss möge beschließen:

Auf der Grundlage der Stellungnahmen (jeweils Stand xx.xx.2012) der Büros „eds-planung-beratende ingenieure“ sowie „Bendfeldt-Herrmann-Franke“, die sich die Gemeinde Neuwittenbek inhaltlich voll zu eigen macht, stellt die Gemeinde Neuwittenbek bezüglich der Änderungen für das Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Oststrecke des N-O-K's folgende Forderungen auf:

Verbringung:

1. Für die Verbringung des Bodens auf die Fläche „Warleberg Zentral“ ist nach wie vor ausschließlich ein Gurtbandförderer einzusetzen. Dieser ist „einzuhausen“.

Die bisherigen Einlassungen der Gemeinde basieren auf dem ursprünglich geplanten Einsatz eines Gurtbandförderers. Durch die Aufweichung der Prämisse „Förderbandeinsatz“ ist die Grundlage unserer grundsätzlich positiven Zustimmung zur Maßnahme entzogen.

2. Gegen die zeitliche Streckung der Maßnahme und der ebenfalls damit einhergehenden zeitlichen Streckung der Verbringung des Bodenaushubs legt die Gemeinde Neuwittenbek Widerspruch ein. Nach wie vor besteht die Gemeinde Neuwittenbek darauf, die Verbringungszeit auf max. 3 Jahre zu begrenzen.
3. Die Verbringungsfläche „Warleberg Zentral“ ist nicht nur zu drainieren sondern zusätzlich sind zur Aufnahme von Oberflächenwasser Gräben zu den angrenzenden Fluren herzustellen.

Ökologie:

1. Entgegen den geänderten Planungen besteht die Gemeinde Neuwittenbek darauf, dass wieder vergleichbare Steilhänge hergestellt werden. Die Absicht, Steilhänge flacher wieder herzustellen und hierfür Ausgleichsmaßnahmen auch außerhalb der Gemeinde vorzunehmen, wird abgelehnt. Es wird in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, dass die Gemeinde Neuwittenbek mehr ökologische Ausgleichsflächen in dem eigenen Gemeindegebiet ausgewiesen haben möchte. Externe Kompensationsflächen, wie z.B. in Hütten, Felde und am Selenter See, werden nicht akzeptiert.

2. Aus ökologischen Gründen wird für die Verbringung des Bodenmaterials der Einsatz von LKW's und/oder Traktoren abgelehnt, da bei der Vielzahl der Fahrten ein extremer CO₂-Ausstoß zu erwarten ist.

Lärm- und Staubschutz:

1. Die jetzt vorgesehenen Zeiten von 6 Tage und 18 Stunden für die Verbringungs- und sonstigen Bautätigkeiten werden abgelehnt. Nach wie vor fordert die Gemeinde Neuwittenbek für alle Verbringungs- und alle sonstigen Arbeiten in Verbindung mit dem NOK-Ausbau Arbeitszeiten von Montags bis Freitags zwischen 6.00 und 20.00 Uhr; an allen anderen Wochen- und Feiertagen darf keine Bautätigkeit stattfinden.
2. Durch die Verlegung des Schutenanlegers Richtung Osten und somit näher an die Wohnbebauung Neuwittenbeks heran, besteht die Gemeinde nach wie vor darauf, dass Spundungsarbeiten am NOK lärmgedämpft durchzuführen sind.

Ergänzende Hinweise:

Die Gemeinde Neuwittenbek verweist in diesem Zusammenhang auf Ihre Stellungnahme vom 10. März 2010 (Beschluss der Gemeindevertretung). Die darin formulierten Forderungen und Einwände bleiben weiterhin bestehen.

Weitere Begründungen und Erläuterungen zu den o.g. Punkten sind diesem Beschluss zu entnehmen.

Die Gemeinde Neuwittenbek hat erhebliche Zweifel an der Sinnhaftigkeit der gesamten Maßnahme, da sich die entsprechenden Begründungen nur auf Erhebungen bis zum Jahr 2008 beziehen.

Die Prognose der Verkehrsentwicklung und die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung basieren z.B. auf Daten einer Untersuchung aus dem Jahr 2004 und wurden seit dem nicht aktualisiert. Währenddessen haben die Ostseeanreiner-Staaten begonnen, tiefseetaugliche Häfen zu bauen, so dass dort große Frachtschiffe via Skagerrak den direkten Weg nehmen werden, was eine Abnahme des Fedderverkehrs, der Haupteinnahmequelle, durch den NOK erwarten lässt. Eine weitere Einschränkung des Verkehrs ist durch die geplante Fehmarn-Belt-Querung zu erwarten, die u.a. damit begründet wird, dass der Frachtverkehr zwischen Skandinavien und dem Wirtschaftsraum um Hamburg durch LKW und Bahn intensiviert werden wird.

Die auf Grund der knappen Haushaltsmittel des Bundes zu erwartende zeitliche Streckung der Baumaßnahmen unterstreicht die Bedenken, werden doch so die oben angeführten Alternativen des Frachtverkehrs gestützt.